

Vor der Zeitenwende

Was bleibt von der Union, wenn sie in die Opposition muss? | Von Katharina Hamberger

Es sind nur noch wenige Meter bis zur Bundestagswahl – und klar ist jetzt schon: Ein Triumphzug wird es für die Union am Sonntag nicht werden, man rettet sich eher mit Ach und Krach ins Ziel und hofft noch, vor die SPD zu kommen. Das ursprüngliche Ziel 30 plus x Prozent ist bereits abgeschrieben. „Man muss jetzt realistisch sein und ein bisschen kleinere Brötchen backen“, sagte CSU-Parteichef Markus Söder jüngst im Deutschlandfunk. Die Union setzt im Moment auf die Stammwähler und -wählerinnen, also quasi die letzte Reserve. Vor allem sie dürften sich von der Erzählung des Linksrutsches mit einem Kanzler Olaf Scholz angesprochen fühlen. Dass es für die Union so gekommen ist, ist weitgehend hausgemacht und liegt auch, aber nicht nur, am Kandidaten: Armin Laschet.

Die Union hat sich Zeit gelassen mit dem Eintritt in den Wahlkampf. Den Auftakt machten erst einmal zehn Tage erbitterter Kampf um die Kanzlerkandidatur. Was danach fehlte: ein erkennbares Konzept – anfangs profitierten CDU und CSU von den Fehlern der anderen und nicht unbedingt von eigener Leistung – und Geschlossenheit. CDU und CSU sprachen öffentlich zwar davon, wie nah man beieinander sei, gleichzeitig wurde Söder nicht müde zu betonen, dass er ein Angebot gemacht habe, das nun mal abgelehnt worden sei. In München wurde man auch nicht müde, vor einem Schlafwagenwahlkampf zu warnen. Bei den Christsozialen hatte man schon recht bald erkannt, dass das kurzzeitige Hoch von Ende Juni, Anfang Juli nicht von Dauer sein könnte (was es dann auch nicht



Sagen Sie jetzt nichts: Armin Laschet, kurz vor der Entscheidung

war), die Sticheleien sollten einerseits Bewegung in die CDU bringen – und andererseits wurde offenbar auch schon mal vorgebaut, um möglichst wenig Verantwortung für ein schlechtes Wahlergebnis übernehmen zu müssen.

Dass diese Sticheleien überhaupt so große Wirkkraft bekamen, dürfte allerdings auch an Laschets Schwäche gelegen haben. Der Kanzlerkandidat, so hatte man das Gefühl, stolperte oft im Wahlkampf. Mal ist es ein ungeschickter Lacher, mal kann er auf die Frage nach drei Themen, die er nach der Wahl vorbringen will, nur zwei aufzählen. Sein sogenanntes Zukunftsteam stellt Laschet – der immer für seine Fähigkeit, andere einzubinden, gelobt wurde – erst

Anfang September vor, zu spät, sagen einige in der Partei hinter vorgehaltener Hand.

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl versuchten es die C-Parteien dann doch nochmal mit Geschlossenheit und Hoffnung: Nach dem CSU-Parteitag, bei dem die Christsozialen Laschet feierten, als hätten sie sich nie einen anderen Kanzlerkandidaten gewünscht, und dem zweiten TV-Triell ging es dann tatsächlich in den Umfragen nicht mehr nach unten, sondern sogar ein bisschen nach oben. Aber das Ergebnis von CDU und CSU dürfte heute dennoch mit herben Verlusten einhergehen.

Das hat aber nicht nur mit dem Wahlkampf an sich zu tun. Es liegt auch daran, dass sich die Unionsparteien in einer

Umbruchphase befinden. Vor allem bei den Christdemokraten gibt es viele offene Fragen, die es für die Nach-Merkel-Ära zu beantworten gilt und die ausschlaggebend dafür sein dürften, ob die CDU Volkspartei bleiben kann. Die CSU hingegen ist mit Söder schon einen Schritt weiter.

Dass es diese Fragen gibt, zeigte sich in den vergangenen Jahren immer wieder: So drückte sich im Kampf um den Parteivorsitz aus, dass es durchaus unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Ausrichtung der Partei gibt. Vor allem zeigte sich das an der Person Friedrich Merz, der zwar nie das Rennen machte, aber immer viele Anhänger hatte – und hat. Wo die einen wichtigen Fortschritt sehen, sehen die anderen den Untergang des Konservatismus. „Stabilität und Erneuerung“ steht über dem Wahlprogramm der Union – wie viel es von dem einen und dem anderen braucht, das muss sie nun auch für sich selbst beantworten. Ebenso ist die Frage, wie die Abgrenzung nach rechts aussieht, in der CDU noch nicht für alle abschließend geklärt. Kandidaten wie Hans-Georg Maaßen schlagen immer wie-

der Löcher in die von Laschet symbolisch aufgestellte Brandmauer. Es gibt also viele Risse in der CDU, manche mehr, manche weniger tief.

Dass es diese Risse gibt, wurde zwar immer wieder sichtbar, der Handlungsdruck wurde aber dank des Erfolgs der Kanzlerin offenbar nicht als so groß empfunden. Man klebte immer wieder Heftpflaster drauf, hoffte schon mit Annegret Kramp-Karrenbauer, später mit Laschet, dass man wieder zusammenwächst. Nun könnte das zum Problem werden – vor allem, wenn die Union nicht stärkste Kraft wird. Zunächst würde es dann gelten, sich darüber einig zu werden, ob man auch als Zweitplatzierte versucht, nach der Kanzlerschaft zu greifen. Ausgeschlossen ist das ja nicht, auch wenn die CSU im Moment sagt, dafür fehle ihr die Fantasie. Letztere Aussagen dürften allerdings vor allem strategischer Natur sein, um den Wählern und Wählerinnen zu signalisieren, man will Erst- und Zweitstimme.

Gelänge es der Union tatsächlich, trotz Verlusten den Kanzler zu stellen, wären zumindest die Fliehkräfte in der CDU wohl nicht ganz so groß, als wenn die Partei in der Opposition landete. Denn dann besteht die Gefahr, dass die CDU implodiert. Es wird dann darum gehen, wer Einfluss behält und einen der deutlich weniger werdenden Posten bekommt und welche politischen Karrieren de facto beendet sein werden – da geht es nicht nur um die Zukunft des Parteigesteins Wolfgang Schäuble, der maßgeblich die Kanzlerkandidatur Laschets vorangetrieben hat – von der politischen Richtung der Union ganz zu schweigen. Kurz: Es wird abgerechnet werden. Ergebnis ungewiss.



KATHARINA HAMBERGER
ist seit 2012 Korrespondentin im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks und beobachtet unter anderem die Unionsparteien. Zuvor hat sie Medien-, Politikwissenschaft und Journalismus studiert und anschließend beim Deutschlandradio volontiert.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Geschacher

Ein entscheidender Schritt Angelas Merkels zur Kanzlerschaft war es, dass sie sich 2005 zwei Tage nach der Bundestagswahl im Amt der Vorsitzenden ihrer Fraktion bestätigen ließ. Merkel wurde gestärkt – trotz des für die Union enttäuschenden Abschneidens von 35,2 Prozent. Die neue Fraktion sprach ihr mit 98 Prozent das Vertrauen aus. Eine Personaldebatte wurde verhindert. Vorbild für Olaf Scholz und Armin Laschet, die heute Abend mit dem Votum der Wähler konfrontiert werden? Der Vorsitz einer potentiellen Regierungsfraktion ist eine mächtige Position. Der Amtsinhaber nimmt maßgeblich an den Koalitionsverhandlungen teil. Gegen ihn läuft nichts.

Vor allem für Laschet ist es ein Problem. Ralph Brinkhaus, der derzeitige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, möchte weiter amtier. Ob Laschet den Willen und die Kraft hat, sich durchzusetzen? Für Scholz ist die Lage etwas einfacher. Rolf Mützenich scheint nicht partout SPD-Fraktionschef bleiben zu wollen. Scholz ist darauf angewiesen, dass an dieser Schaltstelle der Macht ein Mensch seines Vertrauens sitzt, Arbeitsminister Hubertus Heil etwa oder Carsten Schneider, bisher Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, und nicht etwa ein Vertreter des linken SPD-Flügels, der in Koalitionsverhandlungen einen anderen Kurs verfolgt als der Kanzlerkandidat.

Auch Annalena Baerbock und Robert Habeck stehen vor der Entscheidung: Wollen sie sich auf ein Ministeramt kaprizieren? Oder würden sie auch die Führung der – dann wohl größten – Oppositionsfraktion übernehmen?

Ebenfalls noch vor Bildung der neuen Regierung ist der Bundestagspräsident zu wählen. Das Amt steht der größten Bundestagsfraktion zu. Es zu besetzen, fiele der Union leicht: Wolfgang Schäuble könnte im Amt bleiben. Falls er altersbedingt verzichten möchte, käme Kulturstaatsministerin Monika Grütters in Betracht, die schon vor vier Jahren im Gespräch war. Eher aber hat sich die SPD zu entscheiden. Mützenich könnte es werden. Als Frau kommt Aydan Özoguz aus Hamburg in Frage, früher stellvertretende SPD-Vorsitzende und Integrationsstaatsministerin im Kanzleramt Merkels. Schäuble und seine Vorgänger – Rita Süßmuth (CDU), Wolfgang Thierse (SPD) und Norbert Lammer (CDU) – waren herausragende Repräsentanten des Parlaments, unabhängig von der eigenen Partei und auch der Regierung. In der konstituierenden Sitzung des Bundestages steht die Wahl an – spätestens am 26. Oktober.

Denkpause

Franziskus sendet den Kölner Erzbischof in eine „geistliche Auszeit“. Exerzitien könnte die ganze Kirche gut vertragen | Von Christoph Strack

Es ist nicht der Showdown, aber doch der nächste Akt im Drama der katholischen Kirche in Deutschland. Papst Franziskus möchte, dass der so sehr in der Kritik stehende Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki im Amt bleibt. Aber er setzt auf eine mehrmonatige Auszeit des 65-jährigen Geistlichen.

Tage vor der Entscheidung hatte die Bild-Zeitung pünktlich zur Fuldaer Bischofskonferenz der deutschen Bischöfe am Montag das Meinungsbild der Deutschen zu Woelki ermittelt. Laut repräsentativer Umfrage wollen 61 Prozent der rund 22,2 Millionen Katholikinnen und Katholiken im Land, dass Franziskus Woelki sofort aberberuft. Die Zahl steht nun im Raum.

Der Kölner Kardinal hatte bei seiner ersten und einzigen öffentlichen Wortmeldung während der Fuldaer Tage seinen ganz eigenen Beitrag geleistet. Am Donnerstagmorgen predigte er vor den Mitbrüdern im Dom. Und in Woelkis langsamer, ruhiger Art zu predigen kamen irgendwann die Sätze: „Viele Gerüchte und Spekulationen gehen um. Geredet wurde und wird zu allen Zeiten immer schon viel. Gestimmt hat zumeist nichts, bestenfalls wenig...“

Der Kardinal sprach über eine Passage im Lukasevangelium, über Herodes Antipas und Jesus. Aber es klang nach Woelki über Woelki.

Denn Gerüchte gibt es zuhauf in diesen Tagen. In der Woche vor der Vollversammlung der Bischöfe erzählten einige, es stünde eine Rochade zwischen Diözesen an. Unter anderem würde Kardinal Reinhard Marx von München nach Köln wechseln. Genährt

wurden solche Spekulationen sicher auch dadurch, dass in dieser Woche dienstags zunächst der Kölner Kardinal, samstags dann sein Münchner Mitbruder im Vatikan mit Papst Franziskus zusammentraf. Und dass Woelki kurz in Rom war, wurde erst später bekannt, sollte also kein demonstratives Zeichen seiner Verbundenheit sein.

Während der Vollversammlung köchelte und kochte dann die Gerüchteküche vor Ort und fand auch medialen Niederschlag. Sollte Woelki am Mittwochmittag zurücktreten? Warum waren seine Berater und Medienmitarbeiter von Köln nach Fulda gereist? Mit dem Münsteraner Bischof Felix Genn stand nun ein anderer Name als Favorit im Raum.

Aber warum die ganzen Gerüchte, die Spannung? Die Personalie Woelki ist eine lange Geschichte, die lange Zeit mit der Frage der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch zusammenhing und sich mittlerweile selbstständig hat. Im Frühjahr hatte das Erzbistum Köln seine lange erwartete Studie zu Missbrauch und Vertuschung im Erzbistum veröffentlicht. Eine wichtige Arbeit, die Jahrzehnte der Vertuschung und Verdrängung, der Bösartigkeit und des Nicht-Ernstnehmens von Opfern entlarvte. Es lag nicht nur an einer Person, nicht nur an Kardinal Joachim Meisner, Erzbischof von 1989 bis 2014.

So zogen drei deutsche Bischöfe Konsequenzen, die in früheren Zeiten mehr oder weniger enge Mitarbeiter Meisners waren. Woelki suspendierte seinen Weihbischof Dominikus Schwaderlapp (54), der dann auch dem Papst seinen Rücktritt anbot.

Weihbischof Ansgar Puff (65), bei dem es lediglich einen Fall eines Pflichtverstoßes gab, ließ sich vorläufig vom Kardinal beurlauben. Und der Hamburger Erzbischof Stefan Heße (55), einst Generalvikar in Köln, bot Papst Franziskus seinen Rücktritt an. Ein Angebot, das dauerte und dauerte. Erst nach 180 Tagen, einer für das Erzbistum Hamburg quälend langen Zeit, teilte Rom mit, dass der Papst den Rücktritt nicht angenommen habe. Heße schrieb den Hamburger Katholiken – ein bemerkenswerter Brief, in dem Opfer und Betroffene weder angesprochen noch erwähnt werden –, er hoffe auf einen Neustart. In Fulda war er schon wieder dabei.

Allein für Woelki, einst Geheimsekretär von Kardinal Meisner, gab es keine Konsequenzen. Der 65-Jährige sah sich entlastet und keiner Schuld bewusst. Und bekräftigte, er wolle die Kirche mit Prävention und Änderungen in der Priesterausbildung voranbringen.

Doch vor der Veröffentlichung der Missbrauch-Studie hatte sich im Erzbistum Köln – und eigentlich nicht nur dort – die Empörung über Woelkis Kurs verselbstständigt.



CHRISTOPH STRACK
ist studierter Theologe (Bonn und Jerusalem). Er lebt in Berlin und arbeitet seit gut 30 Jahren als Journalist mit dem Schwerpunkt Religionen und Religionspolitik.

Rund um Köln findet man leicht Religionslehrer oder -lehrerinnen, die an ihrem Job zweifeln oder verzweifeln. Pfarrer erzählen, dass mittlerweile auch Gläubige aus der katholischen Kirche austräten, die noch vor zwei, drei Jahren sehr engagiert in Gremien mitarbeiteten oder Kinder auf die Feier der Erstkommunion vorbereiteten. Und Mittfünfziger erzählen staunend, dass ihre alten Eltern eines Tages gemeinsam zum Standesamt gezogen seien. Wegen des Kirchenaustritts. Aus Köln wird regelmäßig gemeldet, wie groß der Andrang bei den für den Kirchenaustritt zuständigen Behörden sei. Aber das Phänomen zeigt sich auch in anderen Regionen Deutschlands. Die Rede vom allmählichen Verschwinden der „Volkskirche“ trifft es vielleicht schon nicht mehr und man muss vom „Abbruch der Volkskirche“ sprechen.

Deshalb schickte im Juni der Papst zwei Bischöfe seines Vertrauens nach Köln, die mit vielen, die wollten, über Führung und Führungsstil Woelkis redeten und danach einen Bericht zur Lage dem Papst persönlich übermitteln. Als Woelki am Donnerstag über Gerüchte und Gerede predigte, lag diese Visitation 100 Tage zurück. Und nichts war passiert. Dann, nach 101 Tagen, die römische Entscheidung, die auch eine Nicht-Entscheidung ist.

Und weiter geht's: Denn die nächste Bewährungsprobe für die deutschen Katholiken steht bereits am ersten Oktoberwochenende an. Dann tagt in Frankfurt am Main die zweite Vollversammlung des Synodalen Weges. In den ersten Monaten 2019 hatten sich Bischöfe und Laien unter

dem Eindruck des Missbrauch-Skandals auf das Projekt verständigt, das dessen Ursachen erörtern und neue Perspektiven aufzeigen sollte.

Seitdem geht es eben auch um heiße Eisen, Klerikalismus und Machtmissbrauch, die Rolle der Frau in der Kirche und ihre Beteiligung am geistlichen Amt, die kirchliche Sexualmoral. All das, was in einer amtskirchlich-theologisch geradezu bleiernen Zeit nicht benannt werden durfte.

Ende Januar 2020 fand in Frankfurt das erste Treffen in großer Runde statt. Dann kam Corona. In der neuen virtuellen Welt von Zoom und Teams arbeiteten Teilgruppen eifrig und legten forderungstarke Papiere vor, um die nun gestritten wird. Schon nach dem ersten Treffen hatte Kardinal Woelki die „strukturierte Debatte“ als „quasi ein protestantisches Kirchenparlament“ beschlossen. Mehr Absage geht eigentlich kaum von einem Kleriker.

Neben Woelki sind es mehrere Bischöfe, die ihr Unbehagen äußern. Auch römische Stimmen warnen immer wieder davor, dass die Perspektive des Synodalen Weges Grundlagen der kirchlichen Lehre und des Kirchenverständnisses ausblenden würde.

Es wird Streit geben in Frankfurt. Streit und vielleicht ein Basta, eine Eskalation. Ein Machtwort der Bischöfe. Das sind katholische Laien seit langem gewohnt. Aber eigentlich waren die Beteiligten angesichts der weltweiten schlimmen Nachrichten zu sexueller Gewalt überzeugt, dass sich vieles ändern müsse. Die Krise, so scheint es, geht weiter. Vielleicht hat sie gerade überhaupt erst so richtig begonnen.